breiteten, stießen sie bei den Sowjets nur auf beiläufiges Interesse. Mit Schweigen quittierten die Gesprächspartner die SPD-Darlegungen zur Deutschland- und Berlin-Politik. Schmidts Hinweis auf westdeutsche Verhandlungsbereitschaft gegenüber der DDR blieb ohne Echo. Selbst ein sinnvoller Dialog über die von den Sowjets gewünschte europäische Sicherheitskonferenz kam nicht zustande. Gromyko wich in Gemeinplätze aus.

Es nutzte den Besuchern wenig, daß sie den Kontakt von Mensch zu Mensch suchten. Gleich zum Auftakt des Gesprächs mit Spiridonow erinnerten Schmidts Reisegefährten Möller und Franke daran, daß sie Verfolgte des Nazi-Regimes gewesen seien.

Bei Gromyko bedankte sich Schmidt, daß der Außenminister eigens für den Besuch aus Bonn seinen Urlaub unterbrochen habe. Gromyko: „Mein Urlaubsquartier ist nicht weit von hier, und immer, wenn ich Langeweile habe, gehe ich in die Stadt."

Als die Gastgeber monierten, deutsche Presseberichte über den sowjetisch-chinesischen Konflikt erinnerten an die Zeiten des Kalten Krieges, suchte sich Schmidt freizusprechen: „Wir von der SPD sind ja wohl keine Kalten Krieger." Darauf Spiridonow: „Die SPD steht nicht auf der Liste der besonderen Freunde der UdSSR."

In der Heimat schmähte Bayerns Wahlmatador Strauß die erfolglosen Ostkontakter: „Ich würde zu Fuß nach Moskau laufen, mit Erbsen in den Schuhen, gekochten oder ungekochten, wenn ich dadurch auch nur einen Funken von Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen in der Zone herausholen könnte."

Kanzler Kiesinger dozierte herablassend vor der ARD-Kamera: „Ich glaube, daß viele Illusionen haben und daß manche Erfolge fingieren oder, sagen wir es freundlicher, vorwegnehmen wollen, die es noch nicht gibt und einfach noch nicht geben kann." Vieldeutig fügte er hinzu: „Ich bin auch der Meinung, daß Illusionen — und vor allem, wenn man den Wunsch Vater der Gedanken sein läßt — gefährlich werden können." Den Zeitpunkt der Reise hielt Kiesinger „für denkbar unglücklich". Der Kanzler weiter: „Von russischer Seite steckt da bestimmt die Absicht hinter, sich in die deutschen Wahlen einzumischen."

Die SPD wehrte sich. Willy Brandt auf seiner ersten Wahl-Tour in Koblenz: „Wer die Krise in der Tschechoslowakei in innenpolitisches Kapital gegen die SPD ummünzen will, der sollte sich schämen."

SPD-Geschäftsführer Wischnewski griff an: „Das zeigt doch die Doppelzüngigkeit der Union. In den USA erklärt Kiesinger seine Unterstützung zur Entspannungspolitik, für den Hausgebrauch tut er das Gegenteil."

Volksvertreter Schmidt („Den Sowjets darf man nicht nur das Getue der Diplomaten vorsetzen, sie müssen auch mal Leute des Volkes sehen") gab sich selbstbewußt. Als ihn sein Fraktions-Pressesprecher Wolfgang Jansen telephonisch unterrichtete, Kiesinger habe in einer Wahlrede erklärt, er hoffe, daß in Moskau der deutsche Standpunkt vertreten werde, brauste Schmidt auf: „Das kriegt der Kiesinger von mir noch um die Ohren geschlagen. Was glaubt er denn, was wir hier machen!"

BLESSING

Immer ausbaden

In der Stunde der Wahl bauen Bonns Christdemokraten auf die Hilfe eines Freundes, von dem sie sich im Kampf gegen den SPD-Wirtschaftsminister schon verraten glaubten. Bundesbank-Präsident Karl Blessing, 69, der bislang gemeinsam mit Schiller die Mark-Aufwertung befürwortete, will — so scheint es den Partei-

Währungspolitiker **Schiller, Blessing:** „Nach der Wahl können wir uns unterhalten"

christen — endlich wieder so wie die CDU.

Kanzler Kiesinger letzte Woche im Wahlkampf: „Auch Bundesbank-Präsident Blessing, der in den vergangenen Monaten die Aufwertung forderte, ist jetzt dafür, daß man abwartet. Ich hab's immer gewußt, daß wir recht behalten."

Eine alte CDU-Rechnung schien aufzugehen. Vor zwölf Jahren hatte Kanzler Adenauer den deutschen Unilever-Chef Karl Blessing als vermeintlich willfährigen Währungshüter zum Präsidenten der Deutschen Bundesbank gemacht. Und noch vor neun Monaten leimte Kanzler Kiesinger — gegen den Willen des SPD-Wirtschaftsministers — den längst pensionsreifen und abdankungsbereiten konservativen Kreditpolitiker erneut auf seinem Bankiersessel in Frankfurts Taunusanlage fest.

Denn der stabilitätsbewußte Bundesbankier hatte sich sogar in der Plisch-und-Plum-Ära der Großen Koalition, als die Konjunktur-Matadore Schiller und Strauß noch Arm in Arm auftraten, mit dem wachstumsfanatischen Wirtschaftslenker angelegt. Er

- ließ sich Monate Zeit, ehe er im Frühjahr 1967 die Sanierung des Bundeshaushalts („mittelfristige Finanzplanung") mit den längst fälligen Kreditlockerungen honorierte;
- sträubte sich lange, ehe er Schillers Konjunkturprogramme (Milliarden-Staatsaufträge und Investitionsprämien) mit Bundesbankgeld finanzierte;
- verhinderte schließlich ein drittes — überflüssiges — Konjunkturprogramm, mit dem Schiller noch Mitte letzten Jahres die ohnehin florierende Wirtschaft weiter anheizen wollte.

Schiller revanchierte sich — freilich erfolglos — mit Plänen, die im Bundesbankgesetz garantierte Unabhängigkeit der Notenbank einzuschränken. Ende letzten Jahres gar wollte er Karl Blessing in den Ruhestand schicken und durch seinen Partei-Freund Karl Klasen, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, ersetzen.

Erst im Frühjahr dieses Jahres fanden Wirtschaftsminister und Notenbankpräsident Gefallen aneinander. Gemeinsam fochten sie für eine Aufwertung der Mark, um die Bundesrepublik vor einem Übergreifen der weltweiten Inflation zu schützen. Gemeinsam gingen sie gegen die CDU/CSU-Koalition Kiesinger-Strauß unter, die Industrie- und Bauern-Interessen dem sachverständigen Rat der Fachleute vorzog.

Unversehens und wider Willen geriet der Präsident der Deutschen Mark

dadurch an die Seite des Wahlkämpfers Schiller. Der SPD-Minister über den neuen Weggefährten: „Im Streit um die Aufwertung befinde ich mich in durchaus guter Gesellschaft."

Doch während Schiller die Hände gebunden waren, konnte Blessing handeln. Wie einst während der Erhard-Krise 1965/66 versuchte er mit höheren Zinsen und Kredit-Restriktionen die Konjunktur zu bremsen — freilich einseitig, denn durch den Export-Boom wird auch weiterhin ausländische Inflation nach Deutschland importiert.

Im Juli warnte Karl Schiller seinen Kanzler vor den politischen Gefahren der einsamen Blessing-Beschlüsse: „Herr Bundeskanzler, wir dürfen nicht auf Herrn Blessing schimpfen, wenn er uns in die gleiche Lage bringt wie 1966 das Kabinett Erhard." Gereizt fuhr Kiesinger hoch: „Ich bin aus anderem Holz als Herr Erhard. Wenn das kommt, dann ändere ich das Bundesbankgesetz." Das heißt, die Unabhängigkeit des Währungsinstituts würde beschnitten werden.

Seit der Abwertung des Franc braucht Kurt Georg Kiesinger eine derartige Zwangsmaßnahme nicht mehr zu erwägen. Denn der bedächtige Schwabe Blessing nahm seine Chance wahr, die ihm peinliche — wegen seines Votums für die Mark-aufwertung aber unvermeidliche — Rolle eines Schiller-Wahlhelfers aufzukündigen. Nur wenige Stunden nach dem Pariser Währungsschnitt rückte er von seinem neuen Freund ab: Die französische Aktion — so Blessing in einem Telephongespräch mit dem Zweiten Deutschen Fernsehen — vermindere in der Tat die Notwendigkeit einer deutschen Aufwertung.

In einem Interview mit der „Deutschen Welle", am Montag letzter Woche, zog sich der Bankier noch weiter zurück: „Die Lage ist heute anders, als sie noch vor wenigen Monaten war. Man wird abwarten müssen, wie sich die Dinge weiter entwickeln."

Kanzler Kiesinger münzte unverzüglich das Orakel des Notenbankchefs in eine Bestätigung seiner eigenen Politik um. Und CDU/CSU-Fraktionschef Rainer Barzel nutzte den vermeintlichen Abfall Blessings zu einem Ausfall gegen den SPD-Wirtschaftsminister: Schiller müsse sich entscheiden, ob er „endgültig die Kompetenz eines Bundesministeriums für das Rechthabereiwesen" übernehmen wolle.

Doch der Parteien-Streit schmeckt dem neutralen Präsidenten nicht — weder in seiner Rolle als Parteigänger Schillers noch in seiner Rolle als Kronzeuge gegen Schiller. Blessing: „Ich muß es immer ausbaden."

In Wahrheit wollte sich der Notenbankchef mit seinen beiden Erklärungen nach der Franc-Abwertung nicht auf die CDU-Seite schlagen, sondern lediglich aus dem Wahlkampf zurückziehen. Ihm war klar geworden, daß bis zum 28. September währungspolitisch nichts mehr zu erreichen ist. Wie es bis dahin in ihm aussehe, meinte der Präsident, gehe niemand was an. Blessing zum SPIEGEL: „Schon wegen der Spekulation ist es für einen Notenbankpräsidenten schwer, genau zu sagen, was er denkt."

Nur einer glaubt zu wissen, wie es in Karl Blessing aussieht. Karl Schiller beruft sich auf ein Telephongespräch mit dem Unparteiischen in Frankfurt. Blessing — so Schiller — zu Schiller: „Am Tag nach der Wahl können wir uns über gemeinsame Aktionen unterhalten."

AHLERS

Anständig auseinander

Trouble is my business.

Sinnspruch im Arbeitszimmer von Conrad Ahlers.

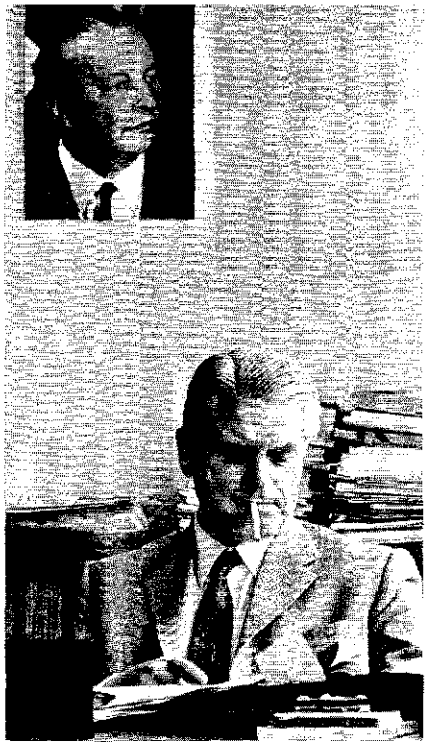
Fern der Heimat erfuhr Kurt Georg Kiesinger das Unfaßbare. Einer seiner Getreuen war fremdgegangen.

Jovial hatte der Kanzler während seiner letzten Amerika-Visite auf einer Party in der deutschen Washington-Botschaft den Presseamt-Mann Heinz Schneppen gefragt: „Na, was gibt's Neues in Bonn?" Schneppen rapportierte: Presseamts-Vize Conrad Ahlers habe in einem Interview mit dem Berliner „Telegraf" Kiesingers Wahlkampfgegner Willy Brandt als nächsten Bundeskanzler empfohlen.

Der alte Kanzler verlor die Beherrschung: „Der ist doch wohl ..." Was der wohl sei, mutmaßte der in der Nähe stehende Presseamts-Chef Günter Diehl: „Der Conny war wohl betrunken."

Conny Ahlers, 46, hatte wieder einmal Trouble. Der Bruch zwischen Kanzler und Knappe schien unabwendbar.

Dabei war es der SPIEGEL-Redakteur Conrad Ahlers gewesen, der Ende 1966 in unermüdlichem Maklerdienst zwischen SPD-Vize Herbert Wehner, Patenonkel von Ahlers-Sohn Detlev, und Kiesingers CSU-Freund Theodor Freiherr von und zu Guttenberg die Große Koalition gebären half.



Kaltgestellter **Ahlers**
„Dafür auch noch angepfiffen"

Dem Kanzler-Kandidaten Kiesinger besorgte er aus dem SPIEGEL-Archiv jenen Persilschein, der dem ehemaligen NSDAP-Mitglied und stellvertretenden Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung des NS-Außenamtes die Tore des Palais Schaumburg öffnete*.

Überdies: Indem der parteilose Ahlers, einst prominentes Strauß-Opfer in der SPIEGEL-Krise, sich für die SPD ins Presseamt schicken ließ, erleichterte er es Herbert Wehner, den widerstrebenden Genossen die Zu-

Ahlers-Vorgesetzter **Diehl, Chef:** „Der war wohl betrunken"

* Der Persil-Schein: Aktennotiz eines SS-Führers aus dem Jahre 1944. Sie enthielt eine Denunziation eines Kiesinger-Untergebenen, der seinen Chef als unzuverlässig in der anti-jüdischen Propaganda bezeichnete.